

rischen Grenze dazu benötigt, um die deutschen Kommunisten aufzufordern, am 1. August recht kräftig für Sowjetrußland zu demonstrieren.

Diplomatic hat sich in den letzten Stunden das Blatt beträchtlich zu ungunsten Sowjetrußlands gewendet. Nachdem jetzt der Wortlaut der chinesischen Note an Moskau bekannt geworden ist, kann nicht mehr bestritten werden, daß die Mittellungen, die über diese chinesische Note von Moskau gemacht wurden, zum guten Teil gefälscht waren und jedenfalls den Sinn und Zweck der chinesischen Antwort völlig entstellten. Nach allem, was Nanking schrieb, lag für Moskau kein Grund vor, die diplomatischen Beziehungen schroff abzubrechen und an der mandchurischen Grenze aufzumarschieren. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Nankingregierung sich zu den Verhandlungen bereit erklärte, die von Moskau selbst vorgeschlagen wurden.

Vorerst sind nur Truppenbewegungen, Flugzeugdemonstrationen und Grenzüberschreitungen zu verzeichnen. Die Russen marschieren an der mandchurischen Grenze auf, während die Chinesen Vorbereitungen treffen, die beiden wichtigsten Grenzorte Mandchuli in der nordwestlichen Mandchukuo und Prograntschanka, westlich von Wladivostok, gegen etwaige russische Angriffe in Verteidigungszustand zu setzen. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgen die Japaner die Entwicklung. Von ihnen kann man hören, daß es schwierig zum Kriege kommen wird. Voraussichtlich würde sich nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Russland eine ähnliche Lage herausbilden, wie sie vorerst nach dem Abbruch der britisch-russischen Beziehungen durch das Kabinett Baldwin.

Die deutsche Reichsregierung ist sowohl von Nanking wie von Moskau gebeten worden, den Schutz der Chinesen in Russland und der Russen in China zu übernehmen. Es steht außer Frage, daß unser Reichskabinett in volliger Unparteilichkeit und strikter Neutralität den Verpflichtungen nachkommen wird, die ihm der Schutz der chinesischen und russischen Interessen auferlegt. Im übrigen verzeichnen wir mit Genugtuung, daß beide Regierungen fast gleichzeitig den Schutz ihrer Interessen dem Deutschen Reich und der gegenüberliegenden Reichsregierung anvertraut haben. Röben bei bemerkt, wie stehen jetzt die deutschen kommunistischen Machthaber gegen die Reichsregierung da! Die Tatsache, daß Sowjetrußland und China sich an Deutschland wandten, ist eine Anerkennung der Friedensarbeit des Deutschen Reiches, die wir mit Genugtuung quittieren.

Rußland und England

Die Frage der Wiederaufnahme der britisch-russischen Beziehungen

„Morning Post“ will von einer Befürchtung wissen, die die britische Regierung in ihren Bemühungen, die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung wiederzuführen, von Seiten Russlands erschreckt habe. Hendersons Note, in der er darum ersucht, daß ein Vertreter der Sowjetregierung nach London kommen solle, um alle für die Wiederaufnahme der Beziehungen in Betracht kommenden Fragen wie antibrüderliche Propaganda und die Regelung der russischen Schulden zu erörtern, sei in Moskau ungünstig aufgenommen worden. Moskau sei, wie es heißt, nicht bereit, diese Bedingung für eine Anerkennung zu erörtern. Die Sowjetregierung besteht darauf, daß Verhandlungen über diese Punkte auf dem regelrechten diplomatischen Wege nach der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Regierungen geführt werden. Die Antwort der Sowjetregierung werde in der nächsten Woche erwogen werden. — „Times“ dagegen berichtet, die Antwort der Sowjetregierung sei noch nicht beim Foreign Office eingetroffen.

Rätselhaftes Verschwinden eines militärischen Schriftstückes in Rumänien

In Balta (Bessarabien) verschwand vor einigen Tagen ein militärisches Schriftstück mit Angaben über die 14. Division. Gestern wurde es in einem Büro wiedergefunden. Man nimmt an, daß es von jemandem, der von Sowjetagenten bestochen war, aus dem Umlauf entfernt wurde, um photographiert zu werden. Ein Hauptmann und ein Korporal wurden verhaftet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Beratungen über die Note Kreuz-Konvention und Kriegsgefangenenrecht

Die Ausschusshberatungen der in Genf tagenden Staatenkonferenz zur Revision der Genfer Note Kreuz-Konvention und zur Schaffung eines Kriegsgefangenenrechtes waren nach nunmehr dreiwöchigen sehr eingehenden Beratungen als praktisch abgeschlossen betrachtet worden. Die Festlegung des endgültigen Textes der beiden Abkommen, die erhebliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten, liegt noch in den Händen von zwei Redaktionskomitees. In einer gestern gründlich angenommenen Schlusshandlung wird u. a. der Wunsch nach Vorbereitung einer weiteren Staatenkonferenz über die Regelung des Schutzes der Zivilbevölkerung und ihre Verhandlung im Falle der Internierung ausgesprochen. In den Kreisen der Konferenz herrscht allgemein die Auffassung, daß es gelungen ist, den Gedanken der Humanität bei kriegerischen Verwicklungen in weitgehender Verwirklichung der von den Verbündeten ehemaliger Kriegsgefangenes aufgestellten Wünsche Anerkennung zu verschaffen. Das gilt ins-

besondere für die Aufforderung des Kriegsgefangenenrechtes, das eine Neuheit darstellt, dessen praktische Bedeutung schon durch die Tatsache unterstrichen wird, daß im letzten Kriege auf beiden Seiten etwa 3,6 Millionen Kriegsgefangene ohne Einspruch auf wasserrechtlichen Schutz blieben mühten. Weniger bedeutam sind die von der Konferenz an der Genfer Note Kreuz-Konvention vorgenommenen Verbesserungen.

Die Staatenkonferenz wird Ende nächster Woche noch zu einigen Vollsitzungen zusammentreten, an die sich voraussichtlich am nächsten Sonnabend die Unterzeichnung der beiden Abkommen und der Schlusshandlung durch die in Genf versammelten bevollmächtigten Delegierten anschließen wird.

Deutschnationale und Christlich-Soziale

Ein erheblicher Teil der deutschnationalen Arbeitnehmer und Gewerkschafter ist in der Gruppe der Christlich-Sozialen zusammengekommen, die ja bekanntlich eine selbständige Parteidarbietung ursprünglich war und später eine Vereinigung mit der deutschnationalen Partei einging, ähnlich wie die Kommunisten, ohne ihre Selbständigkeit völlig aufzugeben. Durch den Streit um Saarbach und die Ausseminanderstellungen über die sozialpolitische Haltung der Deutschnationalen erhält die christlich-soziale Bewegung einen neuen Impuls, und man darf nicht übersehen, daß sie eigentlich die gewerkschaftliche Gruppe der Deutschnationalen repräsentiert. Umso interessanter ist es, daß wieder ein Ausschlußverfahren gegen einen Christlich-Sozialen in Gang gesetzt ist, nachdem sich der Hamburger Parteidarbietung weiteren Maßnahmen zum Schutz der deutschen Landwirtschaft bedürfen gleichfalls einer Ausschaltung. Unter Berücksichtigung, daß die in der erwähnten deutschen Note ausdrücklich die Überzeugung, die die politische Regierung vollkommen teile, daß nämlich die abgebrochenen Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden sollen, schlägt die politische Note die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen für den 26. Juli vor.

fogalen die Antwort nicht schuldig blieben. Daß man nunmehr wieder ein Ausschlußverfahren in Gang bringt, zeigt deutlich, daß die Differenz innerhalb der Partei nicht kleiner geworden ist und daß andererseits Hugenberg nach wie vor entschlossen ist, alle ihm unbehaglichen Persönlichkeiten zu entfernen.

Die deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen

Die Vorbesprechungen zu den deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen haben am Dienstag einen vorläufigen Abschluß gefunden. Es sind aber zunächst noch schwierige Schwierigkeiten vorhanden, und man wird versuchen, in weiteren Vorbesprechungen die wirtschaftlich interessierten Kreise zusammenzubringen, wobei es sich besonders um Textilwaren, Glasswaren und Hopfen handelt. Allerdings werden vielleicht im Herbst die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen beginnen können.

Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland?

Die polnische Regierung hat an die Reichsregierung eine Antwort auf die deutsche Note vom 1. Juli über die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern gerichtet. Die polnische Antwortnote hält eine Ausschaltung über die längst erfolgten Bollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse für notwendig. Die bereits angekündigten weiteren Maßnahmen zum Schutz der deutschen Landwirtschaft bedürfen gleichfalls einer Ausschaltung. Unter Berücksichtigung, daß die in der erwähnten deutschen Note ausdrücklich die Überzeugung, die die polnische Regierung vollkommen teile, daß nämlich die abgebrochenen Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden sollen, schlägt die polnische Note die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen für den 26. Juli vor.

Die Politik der Woche

Kriegsgefahr im fernen Osten. — Channochians fall Potocars. — Der Kampf um die besten Gebiete. — Krieg der französischen Militärs.

Am 15. Juli überstand die russische Regierung am China ein Ultimatum. Sie verlangte die Wiederaufnahme der russischen Eisenbahnamt an der ostchinesischen Eisenbahnstrecke in der Nordmandchukuo, die Freilassung der Verhafteten und die Wiederaufsetzung des russischen Generalkonsulats in Charbin. Nanking stellte darauf seitensforderungen an Sowjetrußland, was zur Folge hatte, daß Moskau die diplomatischen Beziehungen in China abbrach und den Eisenbahnverkehr zwischen beiden Ländern unterband. Was China veranlaßte, energisch vorzugehen, ergibt sich aus den neuesten amtlichen Erklärungen Chiang Kai-sheks, der bemerkte, daß die nationale Regierung die ostchinesische Bahn in ihre Hände zu bekommen sucht, um sodann zur Eröffnung anderer Fragen zu schreiten. China will eben die Hemmungen befreien, denen es gegenwärtig noch durch die Sonderrechte der ausländischen Mächte unterworfen ist. In Russland herrscht Kriegsgeisterregung wie in den Augusttagen 1914. Dennoch ist mehr als fraglich, ob es wirklich zu einem Kriege kommt wird. Zeichnend ist, daß nicht nur China, sondern auch Sowjetrußland den Kellogg-Pact unterzeichneten, der nicht nur den Krieg ablehnt, sondern ihn auch aus dem Rahmen aller Möglichkeiten herauftreibt. In Genf Völkerbundstreit ist man deshalb sehr besorgt, ohne indessen irgendwie energisch eingegriffen zu haben.

Sehr lebhaft ging es diese Woche in der Pariser Kammer zu, wo die Probleme der internationalen Schulden Frankreichs die deutsche Reparationsfrage und die Rheinlandabstimmung ausgiebig erörtert wurden. Poincaré hielt wieder einmal feuernde Reden und war nach Schluß der Kammerdebatte so er schöpft, daß er ohnmächtig zusammenbrach. Die ganze französische Linie, die Radikale, die Radikal-Sozialisten und die Sozialisten vertraten seine Politik und lehnten sich für eine Mißtrauenserklärung ein, die von der Kammermehrheit freilich abgelehnt wurde. Ganz eigenartig war dabei die Stellungnahme des französischen Außenministers Briand, der nicht nur Poincaré unterstützte, sondern in mancher Hinsicht ihn beträchtlich übertrumpfte. Das hat in der Berliner Wilhelmstraße recht eigenartig berichtet. Und will auch scheinen, daß das hartmäßige Streben Briands, sich offen und ehrlich und vorbehaltlos für die Rheinlandabstimmung einzufügen, sich recht schlecht mit seinen parsonspolitischen Ideen vereinbaren läßt. Bisher gehörte Briand nicht zu den französischen Politikern, die wie Lardieu die Räumung der besetzten Gebiete von der Mobilisierung eines Teiles der deutschen Reparationssumme abhängig machen. Sollte er sich jetzt geändert haben und auf der bevorstehenden politischen Konferenz die Thesen der französischen Nationalisten vertreten, dann würden sich darüber in Deutschland viele Leute wundern. Sicherlich auch in Frankreich.

Zwischen töd in der französischen Öffentlichkeit der Kampf um die Rheinlandabstimmung mit aller Heftigkeit fort. Es verdient Anerkennung, daß der französische Kriegsminister Poincaré sich freimäßig für zunächst umgehende Räumung der besetzten Gebiete aussprach und offen erklärte, daß er nicht mit der Einsetzung einer besonderen Kontrollkommission zu haben ist, welche Namen man ihr auch immer geben mag. Es ist nicht zu verwundern, daß alle französischen Nationalisten über diesen Freimut des Kriegsministers, der, nebenbei bemerkt, ein Fraktionskollege Briands ist, in helle Aufregung gerieten. Zeichnend ist, auch charakteristisch für die gegenwärtige Regierung, die offenbar nicht einheitlicher Auffassung ist, daß „Le Temps“ täglich mit einem oder mehreren Artikeln herauskommt, dabei seine alten Ziele fortgesetzt mit neuen Worten verklärt, und mit verbesserter Häufigkeit die Umsetzung einer dauernden Kontrollkommission verlangt. Zur Unterstützung seiner Meinung marschierte gest auch die französischen Militärs auf. Offizielle aus den besetzten Gebieten, die schneidig und scharf sind für eine dauernde Kontrollkommission einzutragen und verlangen, daß die besetzten Gebiete nicht sofort, sondern nur langsam Schritt für Schritt geräumt werden. Nur immer langsam voran! Quer, sprechen sie, müßte ein methodischer Räumungsplan ausgearbeitet werden, dann wäre Quartier in den Heimatgemeinden zu machen, außerdem müßte den Bürgern der Familienwieder Rechnung getragen werden und dann erst könne man an eine langsame Räumung der besetzten Gebiete denken.

Die neue englische Regierung verhandelt mit Paris weiter, um endlich einmal klärheit über den Tagungsort, die Tagessordnung und die Verhandlungsmethoden der politischen Reparationskonferenz zu erhalten. Die Besprechungen ziehen sich aber beispiellos schlängend hin und wollen nicht vom Fleck kommen, obwohl der 6. August, der Tag des Inkommittments dieser Konferenz, immer näher herankommt. Wiederholte wurde in den letzten Tagen davon gesprochen, daß sowohl London wie Paris nachgeben würden und die Konferenz in eine holländische Stadt endgültig verlegt würde. Endessen ist auch hierüber noch keine Entscheidung gefallen. Dagegen hat Macdonald durch glückliche Vermittlung Norwegens Wossau mitteilen lassen, daß die Regierung Sowjetrußlands einen bevoilsmächtigen Vertreter nach London senden soll, um in Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Englands mit Sowjetrußland einzutreten. Der frühere Außenminister Chamberlain erhob gegen das Vorhaben des Arbeitkabinetts Beschwerden, doch wies Macdonald im Unterhaus darauf hin, daß er nur den Spuren folgen werde, die das Kabinett Baldwin ihm in dieser Frage vorangegangen ist. Das Unterhaus wird demgemäß wiederum vor einer wölfende Tatfrage gestellt, die es entweder billig oder verwarf. Die russisch-chinesische Spannung kommt für die Wiederaufnahme der Beziehungen Englands mit Sowjetrußland nicht gerade günstig. Die der Regierung nachstehenden Londoner „Times“ waren die Russen. Außerdem ist es eine ausgemachte Tatsache, daß die Engländer auch den Chinesen in dem Streit um die chinesische Ostschina einen Erfolg gönnen, da sie wissen, daß China sich nach einem Erfolg in der nördlichen Mandchukuo gegen andere Sonderrechte der ausländischen Mächte, auch solche der Engländer, wenden werden.

Eine feine Münzverwaltung

Aus Lissabon wird berichtet, daß der portugiesische Finanzminister Dr. Salazar, einer der hervorragendsten Köpfe der heutigen portugiesischen Regierung, dessen Meinungsverschiedenheiten mit dem früheren Ministerpräsidenten Freitas wahrscheinlich die Haushaltsschwäche für dessen Sturz waren, durch einen Defekt die portugiesische Münze hat schließen lassen. Der Grund für diese befremdliche Maßnahme soll das Ergebnis einer von dem Finanzminister angeordneten Untersuchung sein, wonach mehr als 20 Prozent der Beamten und Angestellten der Münzanstalt und Verwaltung wegen schwerer Verbrechen vorbestraft, einige leitende Beamte sogar drastischer bei umstürzlerischen Bewegungen gewesen sind.

Der rumänische Familienstreit

Wie gerichtlich verlautet, soll in einer Stadt Rumäniens in diesen Tagen eine Zusammenkunft der rumänischen Königin-Mutter Maria mit dem Kronprinzen Carol unter Beisein des ehemaligen Ministerpräsidenten Prinz Stirbey stattfinden. Der und Gegenstand der Zusammenkunft werden sorgfältig gehemmt. Man glaubt jedoch, daß der Familienstreit im rumänischen Königsbaule durch diese Zusammenkunft seiner Belästigung nähergerückt sei und will sogar wissen, daß Carol, der dem entgleitigen Verschlag angewandt seines Sohnes aufrecht erhält, den jungen König Michael in allerdrückster Zeit in dem südländischen Bad Sinaia besuchen wird.

Esperanto und Öffentlichkeit.

In Paris wurde ein Bund, „La Maison de l'Esperanto“ (Esperantohaus), gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, Geldmittel zu sammeln und diese roit für Verbreitung des Esperanto sprache zu verwenden. Die Propagierung des Esperanto geschieht von dieser Stelle unter Mitleitung an die schon vorhandenen neutralen Esperantoverbände und Institute. Der Bund soll bereits die Summe von 145 000 Franken.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Reinigung stark verfetteter Sachen... Gerade diese Arbeit bereitet der Hausfrau oft ganz besondere Last. Spülbeden, Bademann, Duftsalz, Wäsche- und Bohnenstücke, Klaps, kurz alle Sachen, die durch den Gebrauch ölige und fetige Bestandteile in sich aufgenommen haben, lassen sich nur mit großer Mühe säubern. Heute ist in Kolonialwarenhandlungen und Drogerien unter dem Namen i. m. i. ein Mittel zu haben, das als Geschirrspül- und Reinigungsmittel verläuft und eine ganz frappante Wirkung hat. Schmutz und fetige Bestandteile werden spielerisch gelöst. Auch für Holz- und Steinböden, Fenster, Fensterrahmen, kurz für jeden erdenklichen Reinigungszweck eignet sich das neue Erzeugnis ganz hervorragend, i. m. i. wird unserer Hausfrau besonders beim Haushalt große Dienste leisten.

Eine
einer Meld
Wassermark
ist in den
bereits Un
veröffentlicht,
Trinkwasser
Auch in Na
gesfordert w
und Wagen
bisher die V
jedoch steht
Müstlich, da
nugigen könne

Uebet
ging ein J
seelbach fiel
schlossen, die
die Kartoffe

Mit seiner
Mit seiner
wirtschaftlich
sowie der jah
unter einem

Am 1.
alten Geri
Halbinsel
Jahren ste
erschlagen.
en. Nach
Enkelkind
Hühnerstall
der Raubm
ließ sich no
nochmittags
genommen.
hat sich se

In ei
Frau, die
stand oft S
starb, räte
Ari, daß e
jo die Bö
fest, ob es

Um Mi
Gera auf der
Schwer verle
ger starb.
Morsulais in

Blutiger
Die Pre
der Großfa
Personen
Bosnien au
tau von einer
dauer verle
richossen wo
Brandenbau

Auf den
die Tragdi
große Aufrei

Francisco
dem Krieg d
besiegte.
Banker er
zurück.
erinnerte er
den Otto R
der Lombard
Wille bereit
sogar seine
icht Monteb
Barabelli, di
marzen herst
roßen Hauses
überwältigte
arbeiten.

Vergangende
Weisheitsföhre
So in e
Sonneit es an